

Internationale Wirtschaftsspionage: Staatliche Abwehr - quo vadis?

Brigitte Obrist

Der Wirtschaftsplatz Schweiz ist von internationaler Bedeutung. Wichtige Unternehmen in Bereichen der Hoch- und Nanotechnologie, Molekularbiologie sowie Institutionen im Forschungs- und Entwicklungsbereich sind in der Schweiz angesiedelt. Zudem gibt es eine Rüstungs- und Finanzindustrie von globaler Bedeutung. Innovationskraft und Wissen sind grundlegende Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg. Die Internationalisierung von Wirtschaftsbeziehungen und die digitale Revolution bilden aber auch einen neuen Nährboden für internationale Wirtschaftsspionage und machen Unternehmen, deren Mitarbeiter, ihre Netzwerke und Daten angreifbar. Die Enthüllungen von Edward Snowden haben die Gefahren deutlich aufgezeigt. Die in der Schweiz bekannt gewordenen Spionagefälle sind laut Experten nur die Spitze des Eisbergs, sie gehen von einer höheren Dunkelziffer aus.

Auch der Wirtschaftsplatz Schweiz ist angreif- und verwundbar. Einige Unternehmen haben dies erkannt und sind dabei, ihre Schutzkonzepte zu entwerfen und den aktuellen Rahmenbedingungen anzupassen. Die neue Bedrohungssituation wird jedoch von vielen kleineren und mittleren Unternehmen nicht erkannt oder sie sind nicht in der Lage, sich dagegen angemessen zu schützen.

Angesichts der neuen Bedrohungslage bedürfen auch die staatlichen Abwehrinstrumente einer Überprüfung und gegebenenfalls einer Anpassung an die neuen Bedingungen. Experten aus Lehre und Praxis sind der Meinung, dass die Schweiz zwar über verschiedene gut funktionierende Abwehrinstrumente verfügt, diese jedoch erweitert, ergänzt oder verbessert werden müssen, um auch in Zukunft der

internationalen Wirtschaftsspionage optimal begegnen zu können.

Die präventiven Instrumente des Nachrichtendienstes des Bundes NDB sollten nach Ansicht einiger Experten auf weitere Bereiche der Wirtschaft ausgeweitet werden. Zudem sprechen sie sich für die Förderung des Austauschs zwischen Nachrichtendienst und Wirtschaftsvertretern aus. Die heutigen gesetzlichen Grundlagen des Nachrichtendienstes lassen dies jedoch nicht zu. Das Neue Nachrichtendienstgesetz könnte Abhilfe schaffen, allerdings wäre dafür ein Mandat des Bundesrates für Massnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Wirtschaftsspionage Voraussetzung.

Die strafrechtliche Bekämpfung von Wirtschaftsspionage birgt nach Ansicht von Experten aus Lehre und Praxis zudem Schwierigkeiten in der Umsetzung. Geschädigte Unternehmen in der Schweiz befinden sich im Falle eines Verfahrens im Spannungsfeld zwischen Justiz, Politik und Diplomatie. Ermittlungen im Ausland oder im Cyberspace sind schwierig und wenig erfolgversprechend. Deshalb vermeiden viele Unternehmen den Gang an die Behörden, ziehen eine private Ermittlung vor oder unternehmen überhaupt nichts.

Es besteht Handlungsbedarf. Behörden, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit sind gefordert, gemeinsam Dispositive zum Schutz der schweizerischen Wirtschaft vor internationaler Wirtschaftsspionage zu entwickeln. Die vorliegende Arbeit kann als erste Auslegeordnung für weitere und vertiefende Diskussionen betrachtet werden.